

VOR GERICHT
Ausmanövriert
 Die Lübecker Hafengesellschaft muss 150 Mitarbeiter des insolventen Personaldienstleisters Hafendienstleister übernehmen: Der Verein durfte bis 2013 gar kein Personal verleihen. Die Leute gelten als direkt angestellt
 ► SEITE 22

IM KINO
Dekonstruiert
 Der Film „Bei Dir heute Nacht“ nimmt auf einfallsreiche Weise ein Konzerterlebnis auseinander. Gegenstand ist ein Auftritt des Hamburger Musikkabarettisten Bodo Wartke
 ► SEITE 23

Foto: Reinkultur
42

VON HENNING BLEYL

Der Logistikkonzern Kühne+Nagel möchte nun selbst ein Mahnmal bauen. Damit reagiert der Konzern auf den öffentlichen und politischen Druck, sich nach jahrzehntelanger Verweigerungshaltung endlich seiner NS-Geschichte zu stellen. Im „Dritten Reich“ hatte sich der Konzern erfolgreich um das Monopol bemüht, möglichst große Teil des Besitzes der westeuropäischen jüdischen Bevölkerung zwecks weiterer „Verwertung“ abzutransportieren. Darauf hat die taz mit ihrer Mahnmal-Kampagne „4qm Wahrheit“ aufmerksam gemacht.

Nachdem der Konzern lange versucht hat, „alternative Fakten“ zu verbreiten – O-Ton: „Unklar ist, ob die Durchführung von Möbeltransporten wissenschaftlich und willentlich geschah“ – verfolgt er nun die Strategie des alternativen Mahnmal-Standorts. Dieser liegt rund fünf Kilometer vom Stammsitz des Unternehmens entfernt an der Grenzstraße im Bremer Westend. An der dortigen Handelsschule will das Unternehmen ein noch nicht näher definiertes Denkmal bauen lassen, an dem sich auch die Bremer BLG und Logistikverbände beteiligen.

Mit dieser Initiative reagiert Kühne+Nagel auf einen Beschluss der Bremer Bürgerschaft vom November 2016. Bezugnehmend auf den taz-Wettbewerb zur Mahnmalgestaltung beschloss sie, vorbehaltlich des Votums des ebenfalls zuständigen Ortsbeirats und des Kunstbeirats, beim Bau des „Arisierungs“-Mahnmals „insbesondere auch einen Standort im Umfeld des Neubaus der Firma Kühne+Nagel einzubeziehen“. Also am historischen Stammsitz der Firma, in dem die hoch-lukrativen NS-Geschäfte abgewickelt worden waren.

Um die Realisierung zu verhindern, will die Firma selbst aktiv werden – und findet dafür offene Ohren bei der SPD. „Wir müssen die Standortfrage eventuell doch noch mal etwas anders beurteilen, als wir das beim Bürgerschaftsbeschluss getan haben“, erklärt der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk. Positiv sei die Einbindung weiterer Logistik-Unternehmen sowie die Verortung in einem



Anlass für Besinnung: Abriss und Neubau des Kühne+Nagel-Gebäudes in der Bremer Innenstadt Foto: Nikolas Wolff

Kühne+Nagel will Mahnmal kapern

NS-PROFITE Nach vehementer Verweigerungshaltung will sich der Logistikkonzern nun selbst um ein Mahnmal kümmern – fünf Kilometer vom Bremer Firmensitz entfernt. Die SPD kann sich das gut vorstellen

schulischen Kontext – das findet auch Bürgermeister Carsten Stieling (SPD), der den Deal mit den Logistikunternehmen mit ausgehandelt hat.

Doch was wäre der pädagogische Wert eines Mahnmals, hinter dem die Haltung steht: Auf dem Schulhof gern, aber nicht am Ort der historischen Verantwortung? Einen „singulären Mahnmal-Standort an der Grenzstraße“ halte er „nicht für sinnvoll“, sagt Thomas Köcher, Direktor der Bremer Landeszentrale für politische Bildung. Dort sei er weder sichtbar noch repräsentiere er die historische Profit-Trias von Firmen, Verwaltung und Privatleuten.

Die Grünen begrüßen die Initiative der Spediture – doch einen alleinigen Standort außerhalb des Zentrums rechtfertigt das nicht. „Das Mahnmal gehört ins Herz der Stadt“, betont die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Kirsten Kappert-Gonthier. Es gebe „einen eindeutigen Beschluss des Parlaments, es gibt einen ausgezeichneten Mahnmal-Entwurf und es gibt einen geeigneten Standort unterhalb des Kühne+Nagel-Neubaus“.

Was es hingegen nicht gebe, sei einen triftigen Grund für weitere Verzögerungen. Ein Mahnmal in die Mauer der Weserpromenade am Firmen-

„Wir müssen die Standortfrage eventuell doch noch mal etwas anders beurteilen“

ARNO GOTTSCHALK, SPD-ABGEORDNETER

sitz zu bauen, sei auch für den Hochwasserschutz unbedenklich. „Das haben die Fachleute längst geprüft“, sagt Kappert-Gonthier.

Zwischenzeitlich war dennoch lanciert worden, das Mahnmal gefährde nicht nur den Wirtschaftsstandort, son-

dern auch die Deichsicherheit. Bis spätestens zum 14. März will die Kulturdeputation nun definitiv entscheiden, welche Haltung sie einnimmt. „Wir sind überrascht, wie breite Kreise diese Diskussion gezogen hat“, erklärt Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz, „die zugrunde liegende Recherche ist sehr verdienstvoll für die Stadt“.

„Die Mahnmal-Frage ist zu einer Grundsatz-Frage geworden“, sagt Deputationssprecherin Miriam Strunge von der Linkspartei. „Erinnerung darf sich nicht kaufen lassen“, betont auch die Linken-Abgeordnete Claudia Bernhard. Ein Denkmal, „eingebettet in eine Diktation alle-

meiner Täterschaft und Verstrickung“ sei eine Karikatur von Erinnerungskultur. Der Senat dürfe nicht vor Drohungen des Unternehmens kuschen.

Grundsätzliche Unterstützung erhält Kühne+Nagel derweil von der Jungen Alternative Bremen, der Jugendorganisation der AfD. „Wir brauchen kein weiteres Mahnmal unserer Schande“, erklärt der AfD-Nachwuchs. Auch die Bremer Mahnmal-Initiative sei Teil jener „Schlingpflanze, die uns zu ersticken droht“. Dem Traditionsunternehmen Kühne+Nagel sei eine „Monumentalisierung der Schande“ per Mahnmal nicht zuzumuten.

SÜDWESTER

Hört die Signale!

Endlich mal eine gute Nachricht! Durch die Restrukturierung des Konzerns ändert sich nichts für's auf Signaltechnik spezialisierte Braunschweiger Bombardier-Werk. Das hat Michael Fohrer, der Deutschlandchef des Konzerns in der FAZ angekündigt. Also vorläufig nicht, hat er dann eingeschränkt: „Wir können keine langfristigen Standortgarantien geben“, hat er betont. Im Juli aber werde man ein Gesamtkonzept finalisieren. Was im Klartext heißt: Sucht euch lieber jetzt einen neuen Job, liebe Braunschweiger Bombardier-Arbeiter. Denn euer Werk hat jedenfalls keine Zukunft, wenn der Konzern derart unklare Signale produziert.

Die Bahn soll wieder rollen

Zehn Jahre nach dem Verkauf der damals mehrheitlich landeseigenen Osthannoverschen Eisenbahnen (OHE) prüft Niedersachsen einen erneuten Einstieg bei dem Bahnunternehmen. Das Verkehrsministerium führe derzeit Gespräche, bestätigte eine Ministeriumssprecherin. Hintergrund ist die geplante Gründung einer Landeseisenbahn-Infrastrukturgesellschaft. Diese könnte in das knapp 300 Kilometer lange OHE-Netz investieren.

Deren Strecken zwischen Lüneburg, Soltau und Celle waren zwischenzeitlich als Entlastungsrouten für Güterzüge auf der überlasteten Achse von Hamburg und Bremen Rich-

NAHVERKEHR

Niedersachsen will die OHE mit 300 Kilometern Gleisen kaufen, um den Schienenverkehr im Land zu stärken

tung Hannover im Gespräch. Diese sogenannte Y-Trasse ist aber inzwischen nach aufwendigen Dialogforen mit den Anrainern vom Tisch. Die neuen Pläne sehen den Ausbau anderer Strecken vor, sodass die OHE-Gleise wieder verstärkt von regionalem Interesse sind.

2006 hatte die damalige schwarz-gelbe Landesregierung die OHE an den Netinera-Konzern, ein Tochterunternehmen der italienischen Staatsbahnen, verkauft. Neben dem Güterzugnetz gehören zum Unternehmen auch die Regionalbahnen Metronom und Erinx. Nur um diese beiden lukrativen Beteiligungen sei es den Italienern gegangen, hatte der Betriebsrat

moniert und von Rosinpenckerei gesprochen.

Der nun ins Auge gefasste Kauf passt in die aktuelle Strategie des Landes Niedersachsen, nicht-bundeseigene Bahnen zu unterstützen, um für die örtliche Wirtschaft den Anschluss ans Schienennetz sicherzustellen. Seit 2013 bewilligt der Bund Zuschüsse für die Infrastruktur privater Bahnen, wenn die Bundesländer ebenfalls Geld dazulegen. Mit Milliardensummen hat Niedersachsen seitdem etliche der rund 25 nicht-bundeseigenen Bahnen im Land gefördert. 2016 beteiligte sich das Land mit 9,1 Millionen an Gesamtinvestitionen von 20,4 Millionen Euro. (dpa)

Aus Freiland-wird Bodenei

Wegen der Vogelgrippe sind laut Landwirtschaftsministerium derzeit in Niedersachsen mehr als 3,5 Millionen Legehennen aus konventioneller Freilandhaltung länger als zwölf Wochen im Stall. Werden die Tiere länger als zwölf Wochen im Stall gehalten, dürfen die Eier nicht mehr als Freilandware deklariert werden. Sie gelten als Bodenhaltungsfeier. Nach Angaben des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sind davon 233 Betriebe betroffen. Insgesamt gibt es in Niedersachsen 3,9 Millionen Legehennen in Anlagen mit konventioneller Freilandhaltung. (dpa)